

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Der Sozialfonds des Gewerbes hat schon 3000 Versicherte

Der Sekretär der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, Beat Marxer, informiert über den Sozialfonds – volle Freizügigkeit für Arbeitnehmer

Mit Jahresbeginn 1989 wird das Obligatorium für die betriebliche Vorsorge in Kraft treten. Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer des Fürstentums Liechtenstein hat schon 1981 die Stiftung Sozialfonds gegründet, um die betriebliche Fürsorge den Arbeitnehmern in den gewerblichen Betrieben zu möglichst günstigen Bedingungen anbieten zu können. Seither haben sich zahlreiche Betriebe der gewerblichen Wirtschaft dem Sozialfonds angeschlossen, die zusammen mehr als 3000 Versicherte aufweisen.

In gut zwei Monaten tritt das Obligatorium für die betriebliche Personalvorsorge in Kraft. Aus diesem Grunde informierte der Sekretär der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, Beat Marxer, am Montag vormittag über die Grundzüge des Sozialfonds und dessen Bedeutung für die einheimische gewerbliche Wirtschaft. Der Sozialfonds, der als Stiftung gegründet wurde und deshalb nicht gewinnorientiert arbeitet, hat nach seinen Angaben regen Zuspruch bei der gewerblichen Wirtschaft gefunden. Von den 5500 Beschäftigten in den Gewerbebetrieben sind derzeit über 3000 Arbeitnehmer bereits über den Sozialfonds gegen Risiko und für Altersleistungen versichert.

### Optimales Kosten-Leistungs-Verhältnis

Zu den Grundzügen des Sozialfonds gehört nach den Ausführungen von Beat Marxer das optimale Kosten-Leistungs-Verhältnis, das von der steuerbefreiten Stiftung angeboten werden kann. «Jeder Franken an erzieltm Reingewinn bleibt dem Versicherten erhalten», erklärte er und führte weiter aus, dass eine möglichst einfache Abwicklungsform gewählt worden sei, die den «Papierkrieg» auf ein Minimum beschränke. Ferner machte er darauf aufmerksam, dass zwischen dem Liechtensteinischen Arbeitnehmerverband und der Gewerbe- und Wirtschaftskammer eine arbeitsvertragliche Abmachung bestehe, die gewährleistet, dass alle Arbeitnehmer, die in der Gewerbe- und Wirtschaftskammer angeschlossenen Betrieben beschäftigt sind, zu den gleichen Bedingungen versichert werden.

## Türken kehrten in die Heimat zurück

Chur (AP) Die Begleiter des vergangenen Woche bei der Einreise in die Schweiz erforderten Türkenknaben sind mit Ausnahme der Eltern wieder in ihre Heimat zurückgefliegen. Zwei Frauen und sechs Männer kehrten am Samstag mittag mit dem Flugzeug in die Türkei zurück, wie Staatsanwaltschaft und Polizeikommando Graubünden am Montag in Chur mitteilten. Die Strafuntersuchung gegen den Vater im Zusammenhang mit dem Tod des Kindes war nach Angaben des Chefs der Bündner Fremdenpolizei, Heinz Brand, bis Montag nachmittag nicht abgeschlossen.

Der 35jährige Mann war von den Behörden in Untersuchungshaft genommen worden, während die Mutter des Siebenjährigen wegen Schocks in ärztliche Obhut gegeben wurde. Ein Entscheid über die Rückreise des türkischen Ehepaars ist laut Brand noch im Verlaufe dieser Woche zu erwarten.

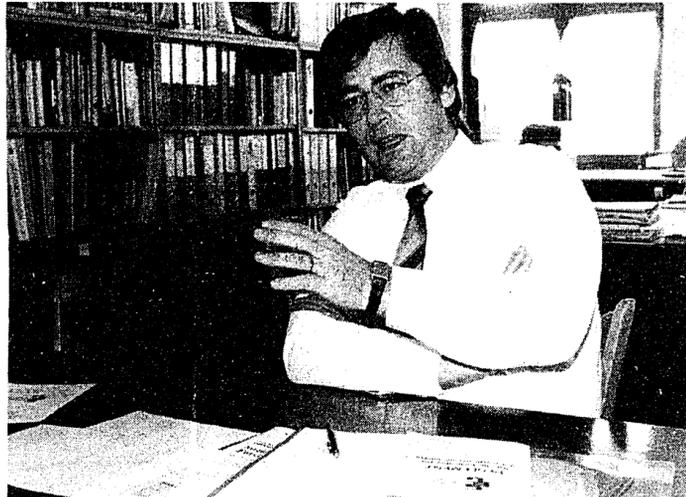
**BURO MARXER**  
Büro-Systeme  
9470 Buchs · 9490 Vaduz  
Telefon 085/6 33 10

### Volle Freizügigkeit gewährleistet

Entscheidend ist für Beat Marxer, wie er erklärt, die Gewährleistung der vollen Freizügigkeit von Beginn der Einrichtung des Sozialfonds an, die nun auch nach dem Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge am 1. Januar 1989 grundsätzlich eingeführt werde. Im weiteren erwähnte er auch, dass die Stiftung Sozialfonds als halbautonome Pensionskasse geführt werde: Dies bedeute, dass für die Risiken Tod oder Invalidität sogenannte Rückversicherungen bei privaten Versicherungen bestünden, die ein allfälliges Defizit ausschlossen. Die Gewinnrückflüsse im Rahmen des Sozialfonds sind denn auch beachtlich, sie beliefen sich von 1981 bis 1986 auf rund 4 Mio. Fr. Das Alterskapital weist im gleichen Zeitraum eine beachtliche Verzinsung von 5 Prozent auf.

### Modell für Kapitalanlagen im Inland

Mit den Jahren sammelt sich auch beim Sozialfonds des Gewerbes eine erhebliche Menge Kapital an, die angelegt werden soll. Beat Marxer beziffert diese Summe zwischen 10 bis 15 Mio. Fr. im Jahr und bestätigt, dass die Diskussion über die Anlagepolitik wohl ein Dauerbrenner bleiben werde. Nach seinen Ausführungen müssen Überlegungen angestellt werden, wie das im Land verbleibende Kapital sinnvoll angelegt werden kann. Ihm schwebt ein Modell vor, dass



Beat Marxer, Sekretär der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, stellte gestern in einer Pressekonferenz die Stiftung Sozialfonds des Gewerbes vor. Die betriebliche Personalvorsorge wird auf den 1. Januar 1989 als Obligatorium in Kraft treten.

(Bild: Beat Schurte)

diese Kapitalien über die Banken in den sozialen Wohnungsbau einfließen könnten. Unser Land brauche einen gesunden Mittelstand, so Beat Marxers Überzeugung, so dass sich diese Art der Finanzierung im Sinne der Sozialpolitik dazu eignen würde. Zu bedenken gibt er auch,

dass mit der fortschreitenden Integrationspolitik in Europa weniger Kapital aus dem Ausland nach Liechtenstein fließen könnte, so dass das Kapital aus der betrieblichen Vorsorge für die Kreditgewährung willkommen sein könnte. (G.M.)

## Ab Mittwoch heulen neue Zivilschutz-Sirenen

Probearme mit neuen Zivilschutz-Sirenen von Mittwoch bis Freitag in allen Gemeinden des Landes

(pafl) – Von Mittwoch bis Freitag dieser Woche werden die in allen liechtensteinischen Gemeinden neu installierten Zivilschutz-Sirenen im Rahmen der Übergabe von der Lieferfirma an das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung in einem Probelauf getestet und auf ihre Funktionen hin überprüft. Das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung benutzt diesen Anlass dazu, die Bevölkerung über das richtige Verhalten beim ernstfallmässigen, also bei jedem nicht angekündigten Ertönen der Sirenen zu informieren.

Zur sofortigen Warnung der Bevölkerung beim Auftreten von ernsten und vor allem überraschenden Bedrohungen bestand bisher praktisch keine Möglichkeit. Durch die nun abgeschlossene Anbringung von Sirenenanlagen in allen Gemeinden des Landes konnte eine grosse Lücke im liechtensteinischen Zivilschutzkonzept geschlossen werden.

Das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung möchte in diesem Zusammenhang auf zwei Sirenensignale aufmerksam machen, deren Bedeutung allen Einwohnern des Landes bekannt sein sollten:

● Der hohe an- und abschwellende Heulton, der eine Minute lang ohne Unterbruch ertönt. Dieses Signal wird bei den Tests in den kommenden Tagen immer wieder zu hören sein. Es ist das Zeichen für einen allgemeinen Alarm.

Diese Warnung sollte uns veranlassen, sofort die Wohnung aufzusuchen, die Fenster und Türen zu schliessen und über Radio und Fernsehen weitere Informationen über den Grund der Warnung und die empfohlenen Verhaltensweisen einzuholen. Diese Informationen werden nach dessen Inbetriebnahme über den Landeskanal (Fernsehen), über die Gemeindekanäle und vorläufig auch noch über Radio DRS 1 ausgestrahlt. Zielsetzung des Zivilschutzes ist es, dass alle

Einwohner Liechtensteins unabhängig von ausländischen Sendern über die im Lande bestehenden Kanäle informiert werden können.

● Ein zweites Alarmsignal ist der tiefe und gleichmässige Sirenton von sechs Minuten Dauer, unterteilt in Intervalle von je 20 Sekunden Ton und zehn Sekunden Pause. Dieser Alarm ertönt bei Überschwemmungsgefahr, beispielsweise durch den Bruch einer Staumauer, deren Auswirkungen bis nach Liechtenstein reichen würden.

Eine Überschwemmung des gesamten Talraumes wäre in diesem Zusammenhang der folgenschwerste Unfall, der bei massiven Schäden in mehreren Stauwerken im Einzugsgebiet des Rheins theoretisch eintreten könnte. Sollte dieser Alarm ernstfallmässig ertönen, so müsste das Überschwemmungsgebiet unverzüglich

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Waigel soll neuer CSU-Vorsitzender werden

Tandler verzichtet auf Kandidatur – Max Streibl als neuer bayerischer Ministerpräsident nominiert

München (AP) Zwei Wochen nach dem Tod des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauss hat die Führung der Christlich-Sozialen Union am Montag die Weichen für die personelle Erneuerung der Parteispitze gestellt. Danach steht der Bonner Landesgruppenvorsitzende Theo Waigel praktisch als Nachfolger von Strauss im Amt des Parteichefs fest. Der 49jährige kündigte in einer Sitzung des CSU-Vorstandes in München offiziell seine Bewerbung auf dem Parteitag am 18. und 19. November an, ohne dass sich ein Gegenkandidat meldete.

Der als möglicher Aspirant dafür genannte bayerische Wirtschaftsminister Gerold Tandler verzichtete auf eine Bewerbung. Die CSU-Führungsräte begrüsste die Kandidatur Waigels «mit einmütiger Zustimmung» und segnete auch die Nominierung von Finanzminister Max Streibl als neuer bayerischer Ministerpräsident ab. Bundeskanzler Helmut Kohl bekräftigte nach einer Sitzung des CDU-Präsidiums in Bonn die Absicht zur guten Zusammenarbeit mit der neuen CSU-Spitze und betonte, die CDU werde der

Schwesterpartei nicht in Personalentscheidungen hineinreden.

Die bayerischen Grünen benannten unterdessen überraschend einen eigenen Kandidaten für die Wahl des neuen Regierungschefs am Mittwoch. Der Landtagsabgeordnete Armin Weiss soll trotz der absoluten CSU-Mehrheit im Landtag als Herausforderer Streibls antreten und damit nach Angaben seiner Partei «ein Zeichen setzen».

Der neue CSU-Vorsitzende soll auf dem Parteitag Mitte November in München gewählt werden. Durch den Verzicht Tandler auf eine Kandidatur wird ein Zweikampf um die CSU-Spitze vermieden. Der Wirtschaftsminister, der als einer der engsten Vertrauten von Strauss galt, verwies ausdrücklich auf das «Bedürfnis nach einer Einigung» in der Partei nach dem Tod des Parteivorsitzenden und betonte, er habe sich «nie um Ämter gerissen». Er schlug auch das Angebot von Landtagspräsident Franz Heubl aus, sofort dessen Posten als einer der vier stellvertretenden Parteivorsitzenden zu übernehmen.

Zu seiner Entscheidung erklärte Tandler, Heubl habe ihn am vergangenen Mittwoch aus einer Fraktionssitzung herausgerufen und ihm das Angebot gemacht, «für den Fall der Nichtkandidatur» zum Parteichef sein Amt als einer der stellvertretenden CSU-Vorsitzenden zur Verfügung zu stellen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt sei ihm klargeworden, wie gross das Bedürfnis nach einer Einigung sei. Am Freitag habe er dann Heubl und Waigel über seinen Verzicht auf beide Ämter unterrichtet. Tandler hob jedoch hervor, dass er zu den turnusmässig anstehenden Vorstandswahlen im Herbst 1989 zur Verfügung stehe.

Waigel will nach eigenen Abgaben in dieser Legislaturperiode Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag bleiben. Er strebe derzeit kein Ministeramt in Bonn an, betonte er vor Journalisten. Kohl erklärte dazu in Bonn, er plane zunächst keine umfassende Kabinetts-umbildung. Ein grösseres Revirement sei unwahrscheinlich.

(Siehe auch Kommentar auf der Seite «Zeitgeschehen».)

## Liechtenstein an der Raumplanungskonferenz

Erstmals findet in der Schweiz eine Konferenz der europäischen Raumplanungsminister statt. Am kommenden Donnerstag und Freitag treffen sich auf Einladung von Bundesrätin Elisabeth Kopp in Lausanne Vertreter der 21 Europaratsländer und der zwei Gastländer Finnland und Jugoslawien, um Fragen des quantitativen Bodenschutzes zu erörtern. Liechtenstein ist an der Konferenz durch Regierungschef Hans Brunhart und Arch. Walter Walch, Leiter des Hochbauamtes und Beauftragter für Landesplanung, vertreten.

Die Sicherstellung der Nutzungsvielfalt werde nach und nach in allen Staaten zu einem vorrangigen Problem der Raumplanung, teilte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) am Montag mit. Die Aktualität des Themas «Der Boden, Grundlagen und Grenzen unserer Entwicklung» zeige sich auch in der Tatsache, dass fast alle Länder ihre Raumplanungsminister nach Lausanne entsenden dürften. An der Konferenz, der achten ihrer Art seit 1970, sollen Möglichkeiten erörtert werden, wie der übermässigen Nutzung des Bodens entgegensteuert werden kann. Bereits 1972 hatte der Europarat beim Erlass einer «Bodencharta» den Boden als «eines der höchsten Güter der Menschheit» bezeichnet, und in der Zeitschrift «Natur» von 1987 war vom Boden als einer «Zeitbombe unter unseren Füssen» die Rede. (G.M.)

## Empfangsstellen sollen geschlossen werden

Bern (AP) Zur Bewältigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten im Asylbereich verlangt die Asylkoordination Schweiz eine Schliessung der vier Empfangsstellen des Bundes und eine erneute Kantonalisierung der Erstbefragungen. Zur Unterbringung der Asylbewerber müssten anstelle der vom Bund geplanten Grosszentren dezentrale Lösungen gesucht werden, forderten Vertreter der Asylkoordination am Montag in Bern vor der Presse. Die gegenwärtige Krise in diesem Bereich sei administrativ und nicht von der Zahl der Asylsuchenden verursacht.

Mit der Einführung der vier Empfangsstellen sei ein Flaschenhals geschaffen worden, sagte Georges Hoellin als Vertreter der Asylkoordination Schweiz. Die von sechs asylpolitischen Organisationen gebildete Asylkoordination verlangt nun deren Abschaffung. Dieser Forderung soll mit einer Petition an den Bundesrat Nachdruck verschafft werden.

## Chancen für Brauerei-Übernahme gestiegen

Hochdorf/Hergiswil (AP) Die Chancen für die Übernahme der Brauerei Hochdorf durch die Feldschlösschen-Gruppe sind gestiegen. Das Amtsgericht Hochdorf (LU) hat eine superprovisorische Verfügung vom 6. September gegen die Aktienübertragung aufgehoben und damit grundsätzlich grünes Licht für den Verkauf der Nummer 13 des Schweizer Biermarktes gegeben. Dies bestätigte der Hochdorf-Mehrheitsaktionär Kurt Wyss am Montag auf Anfrage. Ob dessen Bruder Jules den Entscheid weiterzieht, ist noch nicht entschieden.

Gegen die Übernahme hatte sich der Hergiswiler Jules Wyss gewehrt. Er wirkte die superprovisorische Verfügung und blockierte damit die ursprünglich auf den 1. Oktober geplante Aktienübertragung. Der Entscheid des Amtsgerichts sei nun «voll zugunsten der Brauerei Hochdorf und Feldschlösschen ausgefallen», sagte der Luzerner Anwalt der Brauerei auf Anfrage. Die von Jules Wyss beantragten Massnahmen seien vollumfänglich aufgehoben worden.

Mehrheitsaktionär Kurt Wyss sagte, die Übertragung der Aktien könne nun wie geplant vorgenommen werden.